

Fahrpreiserhöhung in Berlin: Gefangen im eigenen Kiez?

Ab August 2013 sollen Berlin statt den bisherigen 2,40€ für einen  Fahrschein Berlin AB nun 2,60€ bezahlt werden. Wer sich keine der „spottbilligen“ Wohnungen im Stadtzentrum leisten kann, zahlt sogar noch einen Aufpreis für den Anschlussfahrschein. All das betrifft besonders Jugendliche und Arme, die wenig Geld für einen täglichen Fahrscheine ausgeben können. Schwarzfahren ist daher für viele die einzige Alternative. Der Staat reagiert mit Repressionen. Die beginnt mit einem Bußgeld von 40, ab August dann 60 Euro. Bei mehrmaligem Schwarzfahren drohen sogar Gefängnisstrafen bis zu 3 Jahren.

Natürlich gibt es auch Alternativen zur BVG, das Fahrrad zum Beispiel, aber wer 5 Tage die Woche 8 Stunden arbeiten geht und einen etwas längeren Arbeitsweg hat, der hat wohl recht wenig Energie für Frühsport übrig. Fakt ist, durch zu hohe Fahrpreise wird die Nutzung des ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) für immer weniger Menschen erschwinglich. Die geplante Privatisierung der S-Bahn, die schon jetzt immer wieder zu Ausfällen und Störungen führt, setzt dem ganzen die Krone auf. Einige können sich gar nicht mehr frei bewegen. Andere sind gezwungen auf ein Auto umzusteigen, weil es für manche mittlerweile sogar wieder günstiger ist. Die Straßen sind verstopft, die Umwelt leidet.

Es gibt daher zurecht immer mehr, die einen „fahrscheinlosen Nahverkehr“ fordern. Allerdings wollen die Meisten, wie z.B. die Piratenpartei die direkte Bezahlung von Fahrscheinen durch eine allgemeine Steuer für Berliner_innen ersetzen. Aber warum sollten beispielsweise Arbeiter_innen, die einen Fahrschein kaufen müssen, um zum Arbeits- oder Ausbildungsplatz zu gelangen, genau so viel bezahlen wie der Chef eines Unternehmens, der höchst wahrscheinlich mehr verdient? Jeder sollte ein Recht auf Mobilität haben.

Deshalb sind wir für einen kostenlosen Nahverkehr, der durch die

Besteuerung der Reichen und der Gewinne großer Konzerne (z.B. der Autoindustrie) bezahlt wird. Der öffentliche Nahverkehr gehört ausgebaut und nicht zerschlagen, wie es die Deutsche Bahn gerade mit der S-Bahn vorhat. Die Erschließung neuer Märkte ist jedoch Teil des kapitalistischen Systems und deshalb ist unser Kampf gegen Privatisierung mit einer revolutionären, antikapitalistischen Perspektive verbunden.

Ein Artikel von Svenja Spunck, REVOLUTION-Berlin